

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2528

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2528



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



SOLIDARISCH GEGEN DIE KRISE

Die aktuelle Krise stellt zahlreiche politische, wirtschaftliche und soziale Gewissheiten in Frage. Das Corona-Virus ist ein Warnsignal, was unseren Umgang mit der Umwelt, die Folgen der unkontrollierten Globalisierung und die Verwüstungen angeht, die der ungezügelt Kapitalismus angerichtet hat. Der Staat schützt uns, das müssen nun selbst die hartnäckigsten Liberalen eingestehen. Die herkömmlichen sozialen Hierarchien werden durch die Epidemie umgepflügt. Frauen stehen an vorderster Front, in den Spitälern, im Detailhandel, bei der Pflege von Angehörigen. Vertreter_innen systemrelevanten Berufe – oft schlecht bezahlt und wenig wertgeschätzt – halten an langen Arbeitstagen die Zukunft von uns allen in den Händen. Tiefgreifende Veränderungen unserer politischen und wirtschaftlichen Ordnung müssen folgen. Aber darum geht es in diesem Papier nur am Rande. Denn um über die Welt nach Covid-19 nachzudenken, braucht es noch mehr Zeit. Insbesondere die Sozialdemokratie ist hier gefordert, in der Schweiz und international. Die SP will im vorliegenden Papier die Leitlinien einer mittelfristigen Wirtschaftspolitik aufzuzeigen. Diese ermöglicht es, die Arbeitnehmenden zu schützen, Arbeitsplätze zu retten und die für den Aufschwung unverzichtbaren mittelfristigen Wirtschaftsimpulse zu setzen, um die Krise zu überwinden.

Der dramatische Charakter der aktuellen Krise hat einige dazu verleitet, ein kriegerisches Vokabular zu verwenden. So wollen sie die Tragweite der aktuellen Situation unterstreichen und Disziplin und Zusammenhalt in der Bevölkerung fördern. Andere ziehen auf epidemiologischer Ebene Vergleiche mit der Pest von 1347 oder der Spanischen Grippe von 1918. Schließlich stellen Ökonomen Parallelen zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, zur Ölkrise der 1970er Jahre oder zur Finanzkrise von 2008 fest.

Diese Vergleiche sind zwar aufschlussreich, jedoch nur bis zu einem gewissen Grad. Wir sind Zeugen der ersten globalen Krise, die Norden und Süden unterschiedslos trifft, keinen Kontinent verschont und vor keinem politischen System Halt macht.

Die unterstreicht die dringende Notwendigkeit einer koordinierten und solidarischen Reaktion der Staaten. Nur so können wir ein Virus besiegen, das keine Grenzen kennt. Es braucht konkrete Massnahmen der internationalen Solidarität, um die schwächsten Staaten zu stärken. Am naheliegendsten ist ein Erlass der Schulden, die diese Volkswirtschaften erdrücken. Wir müssen umgehend die notwendige finanzielle, gesundheitliche und technologische Unterstützung bereitstellen.

In unseren Gesellschaften sind die "Kleinen", zumindest in der ersten Phase, deutlich stärker von den wirtschaftlichen Folgen der Epidemie betroffen als die multinationalen Konzerne:

- Mitarbeitende in den Bereichen Logistik und Transport, Gesundheit, Sozialarbeit, Kinderbetreuung, Detailhandel, Reinigung oder Sicherheit, die gezwungen sind, gesundheitliche Risiken einzugehen, um die Gesellschaft über Wasser zu halten;
- Menschen in unsicheren Verhältnisse, die stundenweise oder auf Abruf angestellt sind und jetzt ohne Einkommen dastehen;
- Selbständig Erwerbende mit unregelmässigen, kleinen Einkommen.



In allen diesen Kategorien sind Frauen überdurchschnittlich vertreten. Zusätzlich müssen sie sich oft noch um Kinder und um die Pflege kranker Angehöriger kümmern. Gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich wird systemrelevante Arbeit vor allem von Frauen geleistet. Dies steht in krassem Widerspruch zu den Löhnen und den Arbeitsbedingungen in diesen Berufen, die von der neoliberalen Abbaupolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte überdurchschnittlich getroffen wurden. Auch die Schliessung nicht lebensnotwendiger Betriebe betrifft vielfach Frauen: in Gastronomie und Hotellerie, im Non-Food-Bereich des Detailhandels, in Coiffeursalons oder auch im Sexgewerbe. Der Wert der bezahlten ebenso wie der unbezahlten Arbeit von Frauen ist endlich zu würdigen. Die SP fordert, dass die Löhne in den systemrelevanten Berufen – darunter vielen „Frauenberufen“ – erhöht werden. Und nicht zuletzt sollen bei der Bewältigung der Krise alle Geschlechter gleich viel zu sagen haben.

Die Krise wird umso schwieriger einzudämmen sein, als sie sowohl Angebot als auch Nachfrage betrifft. Die Schliessung vieler Unternehmen aus gesundheitspolizeilichen Gründen und die Unterbrechung der Versorgungsketten in ganzen Sektoren unserer Wirtschaft beeinträchtigen die Produktion von Waren und Dienstleistungen massiv. Die Schwächung der Kaufkraft der Haushalte gepaart mit den weltweit verhängten Reisebeschränkungen, wirkt sich massiv auf die Nachfrage aus.

Das Ausmass der Rezession und die Geschwindigkeit der Erholung werden von drei Faktoren bestimmt:

1. die Entwicklung der Gesundheitssituation und die Geschwindigkeit, mit der die beschlossenen Einschränkungen wieder aufgehoben werden können;
2. die internationale gesundheitliche und wirtschaftliche Entwicklung;
3. die inländischen Anreize und Unterstützungsmassnahmen.

Die Schweiz ist sehr stark in globale Handelsströme integriert und von Exporten abhängig. Entsprechend sind die massiven Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Tempo der Epidemie und der internationalen Lage schwer zu bewältigen. Wir müssen daher alles daran setzen, damit zumindest auf europäischer Ebene eine kohärente und breit abgestützte Antwort formuliert wird, um die Gesundheitssysteme zu stärken, strategische Versorgungsketten zurück nach Europa zu verlagern und um die Welthandelsregeln so zu überarbeiten, dass die Interessen der Bevölkerungen und Staaten besser berücksichtigt werden.

Die SP Schweiz wird nicht akzeptieren, dass die Kosten dieser Krise auf die Schwächsten und den Mittelstand abgewälzt werden. Sie fordert einen landesweiten, solidarischen Effort und eine entschlossene Politik von Bund, Kantonen und Gemeinden. Gemeinsames Handeln, ein starker Service Public, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die Antwort auf Egoismus, zügellosen Individualismus und Gewinnmaximierung. Unsere Verfassung hält fest, „dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen“. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat diese Vision bekräftigt und unterstrichen, dass niemand allein zurückgelassen wird. Die SP teilt dieses Ideal und schlägt konkrete Wege vor, um es in die Realität umzusetzen.

Vorbemerkung

Die Gesundheit der Bevölkerung hat für die SP oberste Priorität. Die Lockerung der Vorschriften zum «social distancing», die Öffnung von Arbeitsplätzen und Schulen sowie die Aufhebung weiterer



Einschränkungen müssen aufgrund epidemiologischer Erwägungen angeordnet werden. Diese Analysen müssen von den Gesundheitsbehörden durchgeführt werden. Es ist nicht Sache der Parteien, der Wirtschaftsverbände oder bestimmter Unternehmen, die von den Behörden zu verfolgende Gesundheitsstrategie festzulegen.

Natürlich will die SP Schweiz, dass Arbeit und Schulunterricht so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden. Sie ist sich des psychologischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Schadens bewusst, der durch den aktuellen „Lockdown“ verursacht wird. Allerdings müssen die Kosten eines unkontrollierten Wiederaufflammens der Epidemie nach einem vorschnellen Ausstieg aus dem derzeitigen Regime berücksichtigt werden, insbesondere auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Gleichzeitig müssen wir gegen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Schutzmassnahmen alle unsere Kräfte mobilisieren. Wir erleben einen raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit, je nach Szenario ist die Rede von einer Arbeitslosenquote zwischen 4% und 7%. Die Zeichen der Wirtschaft sind nicht gerade ermutigend. Ein Viertel der Beschäftigten muss Kurzarbeit in Anspruch nehmen, die Hälfte der anderen Arbeitnehmenden arbeitet von zu Hause aus, mit den bekannten Schwierigkeiten und verminderter Produktivität.

Angesichts der Unsicherheiten bei der Entwicklung der gesundheitspolizeilichen Massnahmen und angesichts der Unsicherheiten, die den internationalen Handel belasten, müssen wir unsere Anstrengungen auf die Binnennachfrage konzentrieren, indem wir die Kaufkraft (und damit den Konsum in der Schweiz) sowie die Investitionen fördern. Die folgenden vier Punkte zeigen die Prioritäten der SP Schweiz in dieser Krise auf und formulieren eine kohärente Antwort auf die Wirtschaftskrise, in die uns Covid-19 gestürzt hat:

- a) Arbeitnehmer_innen schützen, Kaufkraft erhalten
- b) Arbeitsplätze sichern, lokale Wirtschaft stärken
- c) Mit Investitionen die Wirtschaft beleben
- d) Krisenbekämpfung solidarisch finanzieren

a) Arbeitnehmer_innen schützen, Kaufkraft erhalten

SCHUTZ FÜR GEFÄHRDETE PERSONEN

Es zeichnet sich ab, dass die Rückkehr zur Normalität schrittweise erfolgen wird, und dass gefährdete Personen aufgefordert werden, besondere Schutzmassnahmen zu ergreifen. Diese Massnahmen betreffen auch die Arbeitswelt.

Die Gesundheitsbehörden haben eine (sich laufend weiterentwickelnde) Liste von Personen erstellt, die durch Covid-19 besonders gefährdet sind. Dazu gehören ältere Menschen sowie Menschen, die unter einer der folgenden Krankheiten leiden: Krebs, Diabetes, krankheits- oder therapiebedingte Immunschwäche, Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronische Atemwegserkrankungen.

Viele von ihnen müssen immer noch ausser Haus arbeiten. Es ist deshalb die Pflicht der Arbeitgeber_innen, alle notwendigen Massnahmen zum Schutz dieser Menschen zu ergreifen. Wo dies nicht vollständig möglich ist oder wo die Betroffenen berechtigte Bedenken haben



(beispielsweise was den Schutz gefährdeter Angehöriger betrifft), fordern wir, dass sie zu Hause bleiben dürfen. In solchen Fällen haben sie Anrecht auf einen umfassenden Erwerbersatz (EO), der ihr gesamtes Einkommen abdeckt, solange die entsprechenden Einschränkungen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) gelten. Diese Unterstützungsmassnahmen müssen auch für pflegende Angehörige gelten, die gezwungen sind, ihre berufliche Tätigkeit auszusetzen, um Angehörige der Risikogruppe zu betreuen.

ERHALTUNG DES LOHNNIVEAUS

Die aktuelle Versorgungskrise auf nationaler und internationaler Ebene verlangt von uns, die Produktionsmöglichkeiten im Inland instand zu halten und auszubauen. Was die Stimulierung der Binnennachfrage angeht, sind wir flexibler. Wir müssen alles daran setzen, die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten, und dazu muss in erster Linie die Auszahlung der Löhne gesichert werden.

Die im Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) vorgesehenen Mechanismen entsprechen den Bedürfnissen. Mit derzeit 1,5 Millionen Begünstigten befindet sich ein Viertel aller Beschäftigten in Kurzarbeit. Das Ziel dieser Versicherung scheint zumindest kurzfristig erreicht worden zu sein: Arbeitsplätze zu erhalten und Löhne zu garantieren.

Diese Erhaltung des Lohnniveaus ist entscheidend für die Zukunft. Dadurch soll es den Haushalten zum Ende der Krise möglich sein, die während der Krise aufgeschobenen Einkäufe zu tätigen, ihren täglichen Bedarf zu decken und wieder in kulturelle, sportliche und touristische Aktivitäten zu investieren.

Wir fordern eine Ausdehnung der Kurzarbeitsentschädigung (KAE) auf alle Arbeitnehmenden (auch für Personen, die temporär, auf Abruf oder stundenweise beschäftigt sind). Wer weniger als den Medianlohn verdient (6'502 brutto auf 100%), soll bei Kurzarbeit nicht 80%, sondern 100% des Lohnes ersetzt erhalten. Wer keinen Anspruch auf KAE hat, muss im Bedarfsfall (aufgrund von Krankheit, gesundheitlicher Risiken oder Betreuungspflichten) durch die EO entschädigt werden.

Dieser Wirrwarr von Antworten auf die Frage, wie die Zahlung der Löhne garantiert werden kann (Arbeitslosenversicherung, Kurzarbeit, EO, auf Selbständige ausgeweitete EO usw.), verdeutlicht das grösste Manko unseres Sozialsystems: das Fehlen einer allgemeinen Erwerbsausfallversicherung. Hier muss endlich Abhilfe geschaffen werden. Zu den bekannten Schwierigkeiten bei der Abgrenzung zwischen EO, IV und Sozialhilfe hat die Corona-Krise ein neues Element hinzugefügt. Sobald die Krise überwunden ist, müssen die Arbeiten für die Einführung einer allgemeinen Erwerbsausfallversicherung wieder aufgenommen werden.

ERHALT DER KAUFKRAFT

Die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Lohnniveaus zielen darauf ab, die Kaufkraft zu sichern. Doch auch durch die Krankenkassenprämien wird die Kaufkraft reduziert. Die SP fordert deshalb das Einfrieren der Krankenkassenprämien für 2021. Zudem soll der Bundesrat so bald wie möglich den in der Prämien-Entlastungs-Initiative der SP vorgesehenen Mechanismus umsetzen und die Belastung durch die Prämien auf 10% des verfügbaren Haushalt-Einkommens begrenzen. Es muss sichergestellt werden, dass die durch die Coronavirus-Krise verursachten zusätzlichen Kosten nicht auf die Krankenkassenprämien draufgeschlagen werden.



Die Krise hat die grosse Bedeutung von Kinderkrippen und ausserschulischer Kinderbetreuung deutlich gemacht. Der Bund muss unverzüglich Massnahmen ergreifen, um die bestehenden Institutionen zu retten. Weiter muss er bis zum Ende der Krise zusammen mit den Kantonen und Gemeinden eine ausreichende Anzahl Krippenplätze garantieren, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Grosseltern nicht in der Lage sein werden, die vor Corona übliche Unterstützung zu leisten. Kinderkrippen sind Teil des Service public und sollten so weit wie möglich mit Steuergeldern finanziert werden. So wird die Kaufkraft von Familien mit kleinen Kindern – die am stärksten von wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen sind – entscheidend gestärkt.

b) Arbeitsplätze sichern, lokale Wirtschaft stärken

UNTERSTÜTZUNG VON SELBSTÄNDIGEN UND KLEINSTUNTERNEHMEN

Die Einführung eines EO-Systems für Selbständige und seine Ausweitung auf die am stärksten betroffenen Berufe ist eine wirksame Massnahme, um den Einkommensverlust der direkt oder indirekt von den Gesundheitsmassnahmen betroffenen Berufsgruppen auszugleichen.

Die Möglichkeit, zinslose, vom Bund gesicherte Darlehen zu beantragen, hat es ermöglicht, die notwendige Liquidität bereitzustellen, um Konkurse von wirtschaftlich gesunden Unternehmen zu vermeiden.

Wir fordern, dass der Bund diese Darlehen im Nachhinein und auf Antrag in à-fonds-perdu-Beiträge umwandeln kann. Dies, wenn die Einzelanalyse zeigt, dass ein vor der Krise lebensfähiges Kleinunternehmen unverhältnismässig stark von den Massnahmen im Zusammenhang mit Covid-19 betroffen war und nicht in der Lage sein wird, die geliehenen Beträge zurückzuzahlen.

Darüber hinaus sollten Selbständige und Kleinstunternehmen eine besondere Unterstützung erhalten, um Konkurse aufgrund von Covid-19 zu vermeiden. Im Rahmen individualisierter Lösungen sollen Laufzeitverlängerungen, der Erlass bestimmter Schulden und eine Hilfe bei Nichtrückzahlung im Rahmen eines Notfonds kombiniert werden können. Diese Lösungen müssen flexibel sein und der grossen Vielfalt der Situationen von Kleinstunternehmen und selbständig Erwerbenden Rechnung tragen. Auf der einen Seite geht es darum, Konkurse zu vermeiden, aber auch darum, die Investitionsfähigkeit dieser Betriebe zu erhalten, die auf lokaler Ebene in den kommenden Jahren entscheidend sein werden.

GEWERBEMIETEN ERLASSEN

Es ist erfreulich, dass (zumindest teilweise) die Einkommen der Betroffenen und die Liquidität ihrer Unternehmen garantiert werden. Für das Überleben der meisten Unternehmen ist aber der Umfang der Fixkosten entscheidend, zu denen in erster Linie die Mieten gehören. Wir fordern den Bundesrat auf, klare Regelungen zu treffen, die Mieterinnen und Mieter, die an der Berufsausübung gehindert sind, für die Dauer der vom Bund angeordneten Einschränkungen von der Mietzinspflicht bei gewerblichen Mietverhältnissen entbinden. Der Bund soll in besonders schwierigen Situationen eine ausserordentliche Unterstützung für Vermietende vorsehen.

Es wäre völlig inakzeptabel, wenn die unzähligen Opfer der Krise aus den wirtschaftlich schwächsten Schichten stammen, die grossen Immobilienbesitzer_innen gleichzeitig aber keine Einbussen haben.



KULTUR, TOURISMUS UND FREIZEIT

Der Tourismus-, Kultur- und Freizeitsektor wird durch die auf internationaler Ebene auferlegten Einschränkungen der Mobilität, durch die Zurückhaltung der Reisenden sowie kurzfristig durch gesundheitspolitische Einschränkungen im Inland nachhaltig beeinträchtigt.

Diese Krisenzeit dürfte sich 2020 sehr stark auswirken und wahrscheinlich auch 2021 noch deutlich spürbar sein, zumindest was Tourist_innen aus dem Ausland anbelangt. Diese Sektoren müssen stärker als andere von Kurzarbeit, zinslosen Krediten, Investitionshilfen und à-fonds-perdu-Beiträgen profitieren können. Ziel ist es, nicht nur das finanzielle Überleben wichtiger Wirtschaftszweige zu sichern, sondern diese Zeit auch zu nutzen, um die notwendigen Konsolidierungen und Umstrukturierungen insbesondere im Hotelgewerbe durchzuführen.

Der Rückgang der ausländischen Klientel ist kurz- und mittelfristig unvermeidlich. Sie muss durch einheimische Kundschaft ersetzt werden. Es braucht deshalb starke Anreize für die Schweizer_innen, nach der Krise ihre Ferien im eigenen Land zu verbringen. Der Bund soll ein Gutscheinsystem entwickeln zur Unterstützung der Bereiche Ernährung, Gastronomie, Hotellerie, Kultur und Freizeit. Alle Einwohner_innen sollen einen solchen Gutschein im Wert von 200 Franken erhalten – dies bedeutet ein Investitionspaket von 1,7 Milliarden Franken.

c) Mit Investitionen die Wirtschaft beleben

PFLEGE ENDLICH WERTSCHÄTZEN

Die Schweiz und die Welt haben in dieser Krise eine Reihe von systemisch wichtigen Berufen wiederentdeckt. Unsere Gesellschaften funktionieren nicht ohne Mitarbeitende in den Bereichen Gesundheit, Reinigung, Sicherheit, Körperpflege, Lebensmittel, Vertrieb und Logistik. Dabei handelt es sich oft um schlecht bezahlte Tätigkeiten, die häufig von Frauen ausgeübt werden. Vielfach fehlt es an Mitteln, was vor allem den Einfluss neoliberaler Politiken und auf den Rückzug der öffentlichen Hand zurückzuführen ist.

Wir fordern die öffentliche Hand auf, in diesen strategisch zentralen Sektoren eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Der Staat muss unverzüglich die notwendigen Investitionen – insbesondere im Bereich der Pflege und des Gesundheitswesens – tätigen und kohärente Pläne zur Stärkung der Kapazitäten ausarbeiten. Die Rolle und Bedeutung des Service public ist in der aktuellen Krise deutlich geworden. Sie muss daher gestärkt werden. Alle Experimente zur Privatisierung oder Liberalisierung von Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens müssen sofort gestoppt werden. Das Recht auf Kinderbetreuung ist ebenso wie das Recht auf Schulbesuch in der Bundesverfassung zu verankern.

Ebenfalls fordern wir Arbeitgeber_innen im Care-Sektor, auf das Engagement der oben genannten Arbeitnehmenden in der aktuellen Krise durch einen substanziellen Lohnzuschlag oder die Gewährung zusätzlicher Ferien zu honorieren. So bald wie möglich müssen faire Mindestlöhne eingeführt und die Gesamtarbeitsverträge (GAV) neu ausgehandelt werden, um die Löhne und Arbeitsbedingungen in diesen Berufen zu verbessern. Die Lohnskalen der öffentlichen Hand sind neu zu kalkulieren.



FEMINISTISCHE INVESTITIONSPROGRAMME

Die SP hält fest: Die letzten Konjunkturprogramme im Rahmen der Finanzkrise 2008 verabschiedet wurden, haben vor allem Arbeitsplätze von Männern. Gleichzeitig führen die ausbleibenden Steuereinnahmen zu einer weiteren Privatisierungs- und Abbauwelle im Care-Sektor. Frauen tragen die Last der Krise also gleich doppelt: Sie verlieren nicht nur ihre Jobs, sondern müssen auch die Güter und Dienstleistungen ersetzen, die nicht mehr auf dem Markt gekauft werden können bzw. vom Staat aufgrund von Budgetrestriktionen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Zwölf Jahre nach der Finanzkrise müssen wir sagen: Diese Form der Konjunkturprogramme führt uns direkt in die nächste Krise: in eine Care-Krise.

Deshalb braucht es ein feministisches Konjunkturprogramm, das bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit ins Zentrum stellt. Wenn der Staat nun Geld investiert, um die Wirtschaft anzukurbeln, müssen diese Investitionen zwingend auch in den Care-Bereich fließen. Das führt auch zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zu einem besseren Service Public, und zu einer besseren Ökobilanz. Die Investitionen sollten beispielsweise in den Aufbau von Kinderkrippen fließen, die kostenlos werden müssen, sowie in das Gesundheitswesen, das staatlich organisiert sein muss.

ABFEDERN VON DIGITALISIERUNGSFOLGEN

Diese Krise wird den Prozess der Digitalisierung unserer Wirtschaft beschleunigen. Neben den Beschäftigten in den dauerhaft geschwächten Branchen werden diejenigen stärker unter Druck geraten, die sich schlecht in einer digitalisierten Wirtschaft zurechtfinden. Daraus ergibt sich ein erheblicher Umschulungsbedarf, der bedeutende Investitionen in die Aus- und Weiterbildung erfordert (Ausbildungsfonds). Es muss ein Umschulungsplan aufgestellt werden, der diese Arbeitnehmenden (unabhängig von ihrem Alter und ihrem Ausbildungsstand) auf dem Arbeitsmarkt begleitet. Die Aktivierungsmassnahmen der Arbeitslosenversicherung müssen durch ein substantielles Angebot an staatlich koordinierten Ausbildungen ergänzt werden.

In dieser Krise haben sich Home-Office und Fernunterricht etabliert. Es zeigte sich, dass die digitale Infrastruktur in einigen Landesteilen noch immer völlig unzureichend ist. Der Bund muss dafür sorgen, dass jedes Quartier, jedes Dorf, jeder Weiler an das Glasfasernetz angeschlossen und der gesamten Bevölkerung eine Basisinfrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

Ebenso müssen die Grenzen der Digitalisierung im Bildungsbereich, insbesondere im Hinblick auf die Chancengleichheit, aufgezeigt werden. Sobald die Schulen wieder geöffnet werden, muss eine Beurteilung der Situation vorgenommen. Es braucht Massnahmen, damit alle Jugendlichen auf der gleichen Grundlage ins neue Schuljahr starten können (beispielsweise kostenlose Wiederholungskurse).

INVESTIEREN FÜR DAS KLIMA

Die internationalen Aussichten für die Exportindustrie sind unsicher. Ein Drittel der Beschäftigten in unserem Land sind aber im Exportsektor tätig. Diese Unsicherheit kann noch länger anhalten. Dieses Risiko muss durch eine gezielte Investitionspolitik in den entsprechenden Sektoren verringert werden.



Wir fordern die rasche Umsetzung von Investitionsprogrammen im Inland, die sich auf die öffentliche Infrastruktur (insbesondere auf den öffentlichen Verkehr sowie den Velo- und Fussverkehr), auf Gebäudesanierungen und Investitionen in erneuerbare Energien konzentrieren. Angesichts der Zeit, die für die Umsetzung dieser Programme benötigt wird, sollte unverzüglich mit den Vorbereitungsarbeiten begonnen werden. Solche Investitionsprogramme fördern gerade auch das lokale Gewerbe und schaffen neue Arbeitsplätze.

BETEILIGUNG AN DEN EUROPÄISCHEN BEMÜHUNGEN

Wir stehen vor einer globalen Krise. Auch die Antwort auf die Krise muss global sein. Die Staaten legen massive Programme zur sozialen Unterstützung auf und schnüren gigantische Konjunkturpakete. Um nachhaltige Voraussetzungen für einen Aufschwung zu schaffen und um die am meisten betroffenen Staaten zu unterstützen, müssen wir – mindestens – auf europäischer Ebene denken. Dies gilt auch die Schweiz. Für unser Land geht es nicht nur darum, die gesundheitspolitischen Massnahmen mit unseren Nachbarländern zu koordinieren, sondern auch darum, konkret am Wiederaufbau mitzuwirken. Unser Heimmarkt ist in vielen Bereichen der europäischen Binnenmarkt.

Wir fordern, dass in Koordination mit unseren europäischen Partnern ein öffentliches Netzwerk „Swissfactory“ aus Hightech-Produktionszentren geschaffen wird, das es ermöglicht, künftig in Krisenzeiten unverzichtbare Güter selber herstellen können (Maschinen, Masken, Medikamente, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Frage der – zumindest teilweisen - Verstaatlichung bestimmter strategischer Produktionen muss ohne Tabu diskutiert werden.

Die Schweiz muss sich auch auf globaler Ebene an den Bemühungen beteiligen. Sie soll ihre finanzielle Unterstützung für die multilateralen Institutionen erhöhen, aktiv den Erlass der Staatsschulden für die Staaten des Südens unterstützen und die humanitäre Hilfe in Krisensituationen intensivieren. Wir können Covid-19 nur dann unter Kontrolle bringen, wenn es uns gelingt, eine massive Ausbreitung dieser Epidemie in den fragilsten Staaten zu verhindern.

d) Krisenbekämpfung solidarisch finanzieren

WEDER DIVIDENDEN NOCH BONI

Mehrere grosse Unternehmen haben die vom Staat angebotenen Hilfen in Anspruch genommen: vom Bund gesicherte Kredite (100% für Kredite bis zu 500'000 Franken, 85% für Kredite zwischen 500'000 und 20 Millionen Franken), KAE, gezielte Hilfen (beispielsweise für die Luftfahrt). Die Banken haben erhebliche Unterstützung von der Nationalbank erhalten, um die notwendige Liquidität in dieser Phase ausgeprägter Instabilität sicherzustellen. Dazu wurden die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen gelockert.

Wir fordern, dass der Bund alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzt, um sicherzustellen, dass keines der betroffenen Unternehmen während der Dauer der staatlichen Massnahmen und solange die gewährten Darlehen nicht zurückgezahlt worden sind, Dividenden an seine Aktionäre oder Boni an seine Manager auszahlt. Er muss geeignete Massnahmen ergreifen, um auch andere Gewinnmitnahmen während dieser Zeit zu verhindern (beispielsweise Aktienrückkaufprogramme).



KEINE ZUSÄTZLICHE STEUERBELASTUNG FÜR DEN MITTELSTAND

Um die Liquidität zu gewährleisten, um die Zahlung von Gehältern und weiteren Einkommensquellen aufrechtzuerhalten und um die Produktion sicherzustellen, haben die Staaten grosse Geldsummen investiert. Im internationalen Vergleich sind die Anstrengungen der Schweiz derzeit begrenzt. Die Finanzen der Eidgenossenschaft sind solide und können dazu dienen, diese Bemühungen zu unterstützen. Finanziell gesund sind wir nicht in erster Linie dank der Schuldenbremse, sondern weil es der SP gelungen ist, die schlimmsten Steuersenkungs-Exzesse zu verhindern. Aber selbst wenn es uns in den letzten Jahren gelungen ist, den grössten Teil des Steuersubstrats zu erhalten, wird die Umsetzung der oben erwähnten Massnahmen mit erheblichen Kosten verbunden sein, die durch zusätzliche Einnahmen ausgeglichen werden müssen.

Die SP Schweiz lehnt eine Erhöhung der Besteuerung von Menschen mit wenig Geld und des Mittelstands kategorisch ab. Wir sind der Ansicht, dass es kontraproduktiv ist, den Faktor Arbeit stärker zu besteuern (beispielsweise über eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zur Finanzierung von KAE oder EO). Ebenso würde jede Form der indirekten Besteuerung der Haushalte die Kaufkraft der Bevölkerung schwächen, eine der entscheidenden Variablen in dieser Erholungsphase. Von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer (zur Finanzierung der Covid-19-Massnahmen) oder einer Erhöhung der Krankenkassenprämien darf daher nicht die Rede sein.

Es ist auch nicht akzeptabel, diese außerordentlichen Bemühungen im Rahmen der Schuldenbremse finanzieren zu wollen und sie dem Ausgleichsfonds anzulasten. Dies würde zu Sparprogrammen in Milliardenhöhe führen und bei einem Andauern der globalen Krise eine verheerende, prozyklische Wirkung haben. Wir befinden uns in einer ausserordentlichen Situation, die die Anwendung des in Artikel 126 Abs. 3 BV vorgesehenen Mechanismus für ausserordentliche finanzielle Bedürfnisse rechtfertigt.

DIE NUTZNIESSER DER KRISE MÜSSEN DIE KOSTEN TRAGEN

Die SP Schweiz ist der Meinung, dass die Wohlhabendsten und die Unternehmen, die in dieser Krisenzeit profitieren, ihren Beitrag leisten sollen, um das Funktionieren des Staates aufrechtzuerhalten und die Kaufkraft der Mittelschichten zu garantieren. Wir fordern, dass die Schaffung eines Krisenfonds zur Deckung der Kosten von Covid-19 geprüft wird. Dieser wird für einen begrenzten Zeitraum gespeist durch:

- eine lineare Erhöhung der direkten Einkommenssteuer des Bundes um 10% für natürliche Personen ab einem steuerbaren Einkommen von 300'000 Franken;
- einen ausserordentlichen Solidaritätszuschlag von 5% auf die Unternehmenssteuer auf Bundesebene;
- der vollen Besteuerung von Dividenden (Besteuerung von Dividenden gleich wie Arbeitseinkommen);
- einer Erbschaftssteuer auf Erbschaften über 10 Millionen;
- einer einmaligen Zahlung der SNB zur Unterstützung der Sozialversicherungen (vor allem für die AHV);
- eine besondere Solidaritätssteuer auf Vermögen über 500 Millionen Franken (beispielsweise 1 Rappen pro Franken über 500 Millionen Franken);



Es geht nicht darum, neue Steuermittel einzuführen oder die unter anderen Umständen in den letzten Jahren geführten politischen Diskussionen wieder aufzunehmen. Vielmehr geht es darum, die grundlegende Frage zu stellen: Wer soll die Kosten dieser Krise tragen? Nur Arbeitnehmende und ihre Familien oder alle Steuerzahlenden, nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit?

Wenn wir heute auf der Steuerseite nichts unternehmen, bedeutet dies entweder, dass wir eine Reihe von massiven Sparprogrammen auf dem Buckel der Bildung, der Landwirtschaft oder der Entwicklungshilfe akzeptieren müssen. Oder dann würden wir behaupten, es sei akzeptabel, die Kosten der Krise auf künftige Generationen abzuschieben. Für uns ist diese Alternative keine Option.

Bern, im April 2020